

Gezielte Einschüchterung

Bei den Landtagswahlen im September 2009 kam das Aus für die DVU. Nach zwei Legislaturperioden verfehlte die Partei den Einzug in das Landesparlament. Auch die NPD hatte keinen Erfolg.

Ermutigend auch: Die Opferperspektive erfährt von weniger rechten Gewalttaten als in früheren Jahren. Mit rund einhundert rechten Angriffen bewegt sich die Zahl im vergangenen Jahr auf dem Niveau von 2008. Diese Entwicklung macht Mut.

Zwar sinkt die absolute Zahl rechter Gewalttaten, allerdings ereigneten sich erstmals seit Jahren 2009, gemessen an der Bevölkerungszahl, bundesweit die meisten rechten Angriffe in Brandenburg. Mit Sorge beobachtet die Opferperspektive, dass das Ausmaß der organisierten rechten Gewalt in Teilen des Landes zunimmt. Die Gewalt trifft Punks und nicht angepasste Jugendliche ebenso wie Antifa-AktivistInnen und BürgerInnen, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen. Die Täter wollen durch ihr gezieltes Vorgehen ein Klima ständiger Angst schaffen.

Dem müssen wir entgegentreten! Wo rechte Schläger und organisierte Neonazistrukturen Menschen gezielt einschüchtern, dürfen wir nicht schweigen.

Opferperspektive e.V.



Von Neonazis niedergebrannt: Das Haus der Demokratie in Zossen. Bild: Zossen zeigt Gesicht!

RECHTE GEWALT

Organisierte rechte Gewalt in Brandenburg

Engagierte BürgerInnen und alternative Jugendliche sind häufig das Ziel organisierter Kampagnen und Angriffe von Rechten in Brandenburg. In Zossen geht im Januar das »Haus der Demokratie« in Flammen auf. Der Täter ist ein junger Mann aus dem Umfeld der örtlichen Kameradschaft. Trotz der Festnahme bleiben die Mitglieder der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« im Visier der Neonazis. Immer wieder finden sich Hakenkreuze und Drohungen an den Häusern der Kleinstadt südlich Berlins.

Am 29. Mai versuchen Unbekannte, das Auto eines BI-Mitglieds in Brand zu setzen. In einer Email drohen die Neonazis: »Die Freien Kräfte und die NPD werden sich in Zossen etablieren und das ist gut so. Wir brauchen national denkende Bürger, die anpacken und aufräumen, die wieder ein sauberes Deutschland schaffen wollen. Sie und die BI werden diesen Prozess nicht aufhalten.«

Im 20 Kilometer entfernten Königs Wusterhausen tauchen über Wochen rechte Parolen und Hakenkreuze in der

Nähe der Wohnung eines jugendlichen Antifaschisten auf. Mitte März wird ein stadtbekannter Neonazi zusammen mit einem Begleiter nachts gestellt, als sie das Auto der Familie beschädigen.

Bereits im Februar marschieren Neonazis durch Cottbus. In den folgenden Wochen kommt es in der zweitgrößten Stadt Brandenburgs zu zahlreichen Angriffen auf alternative Jugendliche. Laut Betroffenen treten die Rechten seit der Demonstration zunehmend aggressiv in der Öffentlichkeit auf.

Diese Ereignisse zeigen eine Zunahme organisierter rechter Gewalt und eines zielgerichteten Vorgehens der rechten Szene gegen politisch Andersdenkende in Teilen Brandenburgs. Bereits im vergangenen Jahr zeichnete sich diese Entwicklung ab. 2009 wurden in Premnitz bei sechs Angriffen Punks zum Teil schwer verletzt. In der Kleinstadt im Havelland prangerte die örtliche Neonaziszene offen Punks und Linksalternative als Feinde an. Fotos und Namen mehrerer der im letzten Jahr Angegriffenen waren zuvor im Internet veröffentlicht.

INHALT

IM GESPRÄCH

Ministerin Martina Münch

RECHTE GEWALT

Versuchter Totschlag in Berlin

ANTIDISKRIMINIERUNG

Neues Projekt der Opferperspektive

TEMPLINER MORDPROZES

Revision teilweise erfolgreich

OPFERPERSPEKTIVE

In eigener Sache

Wichtig ist es, Gesicht zu zeigen

Interview mit Ministerin Martina Münch, Mitbegründerin des Cottbuser Aufbruchs



Aktiv gegen Neonazis. Bürgerprotest, hier in Bernau

Frau Münch, 1999 haben Sie den Cottbuser Aufbruch mitbegründet. Wenn Sie zurückblicken, was hat Ihre Arbeit erreicht?

Das Klima im Umgang miteinander hat sich seither gewandelt: Es gibt mehr Neugierde, Aufmerksamkeit und Toleranz füreinander. Wir haben erreicht, dass sich tausende Cottbuser gegen Rechts engagieren. Der Cottbuser Aufbruch ist nach elf Jahren zu einem starken Aktionsbündnis für gelebte Toleranz im Umgang miteinander und mit Fremden geworden. Seine Stärke liegt darin,

dass er einen Querschnitt der Gesellschaft repräsentiert und ganz praktisch für sozialen Zusammenhalt sorgt.

Unserem Eindruck nach werden Punks und alternative Jugendliche in Cottbus massiv von Rechten bedrängt. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Wir beobachten generell, dass die Aktionen von Rechtsextremen 2010 in unserer Region zugenommen haben. Dabei kommt es immer wieder zu Pöbeleien und Bedrohungen gegenüber alternativen Jugendlichen oder ausländischen Studierenden. NPD und rechte Kameradschaften fühlen sich im Süden Brandenburgs offenbar stark. Hier gilt es, mit Prävention und Repression kontinuierlich Gegendruck aufrechtzuerhalten.

Wir haben es in Südbrandenburg mit einer Neonaziszene zu tun, die sogar Volksfeste für ihre Zwecke kapert – wie den Cottbuser Karnevalsumzug im Februar dieses Jahres. Was kann man dagegen tun?

Man muss informieren und aufklären, Aktionen wie beim Karnevalsumzug beim Namen nennen, die Bürger wachrütteln und Schüler- und Ausbildungsprojekte zum Thema Demokratie

unterstützen. Wichtig ist es, Gesicht zu zeigen und immer wieder an die drei Leitsätze des Cottbuser Aufbruchs erinnern: gelebte Toleranz im Umgang miteinander und mit Fremden, keine Toleranz für Intoleranz, Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Vor einigen Jahren wurden die Scheiben Ihres Parteibüros eingeworfen. Was raten Sie Menschen, die von Neonazis bedroht werden, aus Ihrer eigenen Erfahrung?

Man sollte sich auf keinen Fall einschüchtern lassen. Es hat aber auch keinen Sinn, den Helden zu spielen. Entscheidend sind Vernetzung, das Organisieren praktischer Hilfe und die Hinzuziehung der Polizei. Konkret habe ich vier Ratschläge: Gewalttaten konsequent zur Anzeige bringen, Bedrohungen öffentlich machen, Opferverbände wie die Opferperspektive um Rat bitten und – speziell in Cottbus – den Cottbuser Aufbruch einschalten.

Martina Münch ist eine der Initiatorinnen des Cottbuser Aufbruchs. Als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur gehört die SPD-Landtagsabgeordnete seit November 2009 der Brandenburger Landesregierung an.

SÜDBRANDENBURG

Anhaltende Gewalt gegen alternative Jugendliche

Cottbus, Freitag, 4. Juni, gegen Abend. Vier Jugendliche vertreiben sich mit Punkmusik im Puschkinpark die Zeit. Auf einmal kommt eine Gruppe von rund fünfzehn Personen auf sie zu. Es fällt der Spruch: »Habt ihr mal ne Kippe für Nationalsozialisten.« Die Jugendlichen verneinen. Dann eskaliert die Situation: Zwei der Jugendlichen werden mehrmals geschlagen.

Rechte haben in den letzten Monaten in der Lausitzmetropole vermehrt alternative Jugendliche attackiert. In Südbrandenburg existiert eine aktive Neonaziszene. Eine besondere Rolle spielt die

Kameradschaftsstruktur Spreelichter. Sie ist vor allem im Spreewald, aber auch in Cottbus aktiv und betreibt eine professionell gemachte Website. Hier sind kurze Videoclips und Aktionsberichte zu finden, die weit über die Region hinaus ausstrahlen.

Ihr Leitspruch, »Demokraten bringen uns den Volkstod«, ist das Markenzeichen der Kameradschaft. Die Parole ist in Cottbus nicht nur durch Aufkleber und Sprühereien weit verbreitet. Ende Februar prangte sie meterhoch an einem abrisssfertigen Hochhaus in Cottbus-Sachsendorf. Eine ähnliche

Handschrift ließ eine Aktion der NPD Lausitz erkennen. Verkleidet mit Esels- und Schafmasken beteiligten sich NPD-Mitglieder am Karnevalsumzug am 14. Februar, um »das System der BRD ins Lächerliche zu ziehen«.

Auch wenn sie ihnen nicht direkt zuzuordnen sind, zeigen die Vorfälle deutlich: Die von Neonazis propagierten menschenverachtenden Ziele strahlen weit über den harten Kern der AktivistInnen aus. Es entsteht ein Umfeld, das glaubt, mit Gewalt gegen diejenigen vorgehen zu können, die nicht ins rechte Weltbild passen.

Versuchter Totschlag in Berlin

Berlin-Friedrichshain, Juli 2009. Fotos belegen, was die vier Brandenburger unter Feiern verstehen. Der Alkohol in der Disco Jeton fließt in Strömen, die Rechten aus Königs Wusterhausen posieren mit dem sogenannten Hitlergruß. Für Aufsehen sorgt das nicht. Die vier Freunde brechen im Morgengrauen zur Heimfahrt auf. Auf Abschiedsfotos ist erneut der erhobene Arm zu erkennen. Minuten später ereignet sich der Vorfall, der Jonas K. beinahe das Leben gekostet hätte.

Einer der Brandenburger Rechten wird auf dem Weg zur S-Bahn von Unbekannten wegen seiner Thor-Steinar-Jacke bedrängt. Es kommt zu einer Schlägerei. Die zahlenmäßig unterlegenen Rechten behalten die Oberhand. Sie steigern sich immer mehr in die Gewalt hinein. Auch gänzlich unbeteiligte PassantInnen werden angegangen. Irgendwann liegt der 22-jährige Jonas K. auf dem Boden – ob er zur Gruppe der ursprünglichen Angreifenden gehörte, ist nicht geklärt.

Besonders tut sich Oliver K. hervor: Mit den Füßen traktiert er den Kopf seines Opfers bis zu dessen Bewusstlosigkeit. Eine knappe Stunde nach dem Angriff sagte Oliver K. im Beisein der Polizei: »Diesen Typen hätte ich richtig auf den Bordstein legen sollen – und dann

»wumm!« Noch am Tatort werden die vier Rechten festgenommen. Jonas K., der zeitweise in Lebensgefahr schwebte, ist mittlerweile körperlich genesen. An den Vorfall kann er sich nicht mehr erinnern.

Gegen die vier Rechten wird mit dem Kernvorwurf »versuchter Mord« verhandelt, begangen aus Verachtung gegen Linke. Oliver K. wird wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Zwei der Angreifer bekommen wegen gefährlicher Körperverletzung zwei Jahre auf Bewährung, der vierte Brandenburger wird freigesprochen.

Dass die Angeklagten einem »rechtsgerichteten Milieu« zuzuordnen seien, sieht das Gericht als erwiesen an. Aber dies habe nichts mit der Tat zu tun. Trotz der anfänglichen Prügelei wegen der Thor-Steinar-Jacke (die Marke ist fester Bestandteil des Dresscodes der Neonaziszene), trotz der »Zecken«-Rufe der Rechten – eine Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken habe es, dem Gericht zufolge, in jener Julinacht nicht gegeben.

Eine ausführliche Darstellung der Tat und ihrer Hintergründe ist zu finden auf: www.opferperspektive.de.

Aufsuchende Beratung



Alltag in Potsdam Foto: Stefan Gloede

Rassismus kann jederzeit in Gewalt umschlagen. Viele Flüchtlinge und MigrantInnen leben mit dieser ständigen Angst. Und viele glauben, an dieser Situation nichts ändern zu können. Sie finden sich mit Gewalt und Diskriminierung ab. Sprachbarrieren, geringes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und fehlende soziale Netzwerke im teilweise dünn besiedelten Brandenburg kommen hinzu.

Etwa die Hälfte der von uns unterstützten Opfer rechter Gewalt sind Menschen mit Migrationshintergrund. Sie berichten nicht nur von Gewalt, sondern auch von vielfältigen Diskriminierungserfahrungen. Bisher konnten wir ihnen solange nicht helfen, bis es zu einer Gewalttat kam.

Dank der Unterstützung der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg und der Stiftung: do hat sich das geändert. Mit ihrer Hilfe hat der Verein Opferperspektive mit einer zusätzlichen halben Stelle begonnen, eine aufsuchende Beratung für Betroffene rassistischer Diskriminierung in Brandenburg aufzubauen. Wer aufgrund seiner ethnischen Herkunft, Nationalität, Hautfarbe oder Sprache diskriminiert wird, kann sich an uns wenden. Wir vermitteln Unterstützung und Hilfe, greifen bei Konflikten ein und besprechen, welche Möglichkeiten es gibt, sich zu beschweren und zur Wehr zu setzen. Wie bei der Beratung von Opfern rechter Gewalt ist für uns oberstes Gebot: die Wahrung der Interessen der Betroffenen.

Mit diesem Projekt ist ein Anfang gemacht, eine Lücke in unserer bisherigen Arbeit zu schließen. Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund entgegenzutreten, trägt dazu bei, rassistische Gewalt zu verhindern.



Am 29. Mai 2010 verhinderten 500 BürgerInnen in Bernau bei Berlin durch eine Sitzblockade einen Nazi-Aufmarsch. Ein buntes Bündnis von Vereinen, Parteien, Unternehmen, Antifagruppen und Verbänden stellte sich in den letzten Wochen mehreren Demonstrationen der neonazistischen Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB) im Nordosten Brandenburgs entgegen. Zu den Aufrufern gehörte auch die Opferperspektive. Foto: Umbruch Bildarchiv

Revision teilweise erfolgreich

Im Mai 2009 verurteilte das Landgericht Neuruppin den Angeklagten Sven P. wegen Mordes zu einer Jugendfreiheitsstrafe von zehn Jahren. Der Mitangeklagte Christian W. wurde der Beihilfe zum Mord durch Unterlassen für schuldig befunden und erhielt eine Gesamtfreiheitsstrafe von neun Jahren und drei Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die beiden jungen Männer den 55-jährigen Familienvater Bernd K. in der Nacht vom 21. zum 22. Juli 2008 brutal misshandelt und zu Tode geprügelt hatten. Das Mo-

tiv: Verachtung aufgrund seines sozialen Status als Alkoholiker. Das »völlig wehrlose« Opfer sei nicht zufällig gewählt worden, so das Gericht; vielmehr habe das »neonazistische Menschenbild« der Täter eine wichtige Rolle gespielt. Im Fall von Sven P. gab nun der Bundesgerichtshof der Revision wegen der Höhe der verhängten Jugendstrafe statt. Seine Verurteilung wegen Mordes blieb unberührt. Am 28. Juli 2010 wird vor dem Landgericht Neuruppin über die Höhe der Strafe von Sven P. neu verhandelt.

PUBLIKATION

»Weil es für mich so wichtig ist«

»Ich habe Angst vor grellen Farben, vor Lärm und vor Menschen mit einem bösen Gesichtsausdruck.« Herr N., der aus Vietnam nach Deutschland gekommen war, wurde im Mai 2002 über eine Stunde lang von Rechten malträtiert, geschlagen, bespuckt und getreten. Bis heute hat er mit den körperlichen und seelischen Folgen zu kämpfen. Die Opferperspektive vermittelt Herrn N. an eine Psychologin, die eine Posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. »Weil es für mich so wichtig ist« – un-

ter dieser Überschrift beleuchtet eine neue Publikation der Opferperspektive und des Flüchtlingsrats die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen in Brandenburg. Deren Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung ist durch vielfältige Hürden erschwert. Gefördert von der Integrationsbeauftragten des Landes gibt die Broschüre einen Einblick in die spezifischen Probleme von Flüchtlingen, die mangelhafte Versorgungslage und die Auswirkungen für die Betroffenen.

Workshop in Potsdam

Bis vor Kurzem waren Flüchtlinge in Potsdam am Rande der Stadt untergebracht. Im Mai 2009 bezogen sie ein neues Heim im Stadtteil Schlaatz. Seitdem können die Flüchtlinge sich zwar besser in der Stadt bewegen. Doch kommt es immer wieder zu rassistischen Übergriffen. Auf Anregung der BewohnerInnen veranstaltete die Opferperspektive im Frühjahr einen zweitägigen Selbstbehauptungsworkshop. Angeleitet von einem erfahrenen Anti-Gewalt-Trainer erlernten die Teilnehmenden Strategien, um besser mit der latenten Bedrohungssituation rund um das Flüchtlingsheim umgehen zu können. Eine Wiederholung ist geplant.



OPFERPERSPEKTIVE

In eigener Sache

Angesichts einer »latenten Fremdenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung« und gesellschaftlicher Bedingungen, in denen »Rechtsextremisten immer wieder einen Boden für ihre gefährliche und menschenverachtende Ideologie finden«, leiste der Verein Opferperspektive »eine wichtige Arbeit, die zunehmend präventiven Charakter trägt«. So charakterisierte der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg unser

Wirken am 25. März 2010 im Brandenburger Landesparlament. Zudem bekräftigte der Landtag: »Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist weiterhin eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das Land Brandenburg«. Mit den Stimmen von SPD, Linkspartei und Grünen beschloss die brandenburgische Volksvertretung, »die finanziellen Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus« fortzuschreiben.

IMPRESSUM

Opferperspektive e. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000

Telefax: 0331 8170001

Email: info@opferperspektive.de

Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Martin Beck

Lektorat: Vanessa Lux

Satz: Sabine Steinhof

Spendenkonto: 3813100

Bank für Sozialwirtschaft

Bankleitzahl: 10020500